



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Angriff auf das Arbeitsgesetz. Ergebnisse der Unia-Umfrage zu Stress im Büro
Pressekonferenz, 16.1.2017

Gesundheit schützen – Grenzen setzen!

Christine Michel, Fachsekretärin für Gesundheitsschutz

Gemäss der Stress-Studie des Seco (2010) fühlt sich über ein Drittel der Schweizer Erwerbsbevölkerung am Arbeitsplatz häufig oder sehr häufig gestresst. Zeitdruck, überlange Arbeitstage und häufige Arbeitsunterbrechungen werden dabei als häufigste Belastungen angegeben. Über belastende Arbeitszeiten klagen sogar 43% der Arbeitnehmenden (Seco-Umfrage 2016). Sehr beunruhigend ist auch der hohe Anteil (25.4%) der Erwerbstätigen, die sich erschöpft fühlen (Job-Stress-Index 2016) – diese sind unmittelbar Burn-out-gefährdet.

Das Arbeitsgesetz dient dem Schutz der Arbeitnehmenden

Das Arbeitsgesetz verpflichtet die Arbeitgeber, alle notwendigen Massnahmen zum Schutz der physischen wie auch der psychischen Gesundheit der Arbeitnehmenden zu treffen. Dazu gehört, dass sie eine übermäßig starke Beanspruchung vermeiden und die Arbeit geeignet organisieren. Obwohl alle Studien und Befragungen eine deutliche Stresszunahme am Arbeitsplatz verzeichnen, wollen sich die Arbeitgeber dieser Pflichten zunehmend entledigen und den Arbeitnehmenden die alleinige Verantwortung für ihre Gesundheit aufbürden. Es gilt, dieser Entwicklung deutliche Grenzen zu setzen!

Gegen Überarbeitung nützen nur geregelte Arbeitszeiten

Gerade in einer Dienstleistungsgesellschaft nehmen die psychosozialen Belastungen und stressbedingte Erkrankungen rasant zu; darauf weisen auch die hohen Werte zum Stressempfinden aus der Unia-Umfrage zu Stress im Büro (2017) hin. Stress und die daraus resultierenden Erkrankungen bedeuten nicht nur menschliches Leid, sondern kosten die Arbeitgeber 5.7 Milliarden Fr. an gesundheitsbedingten Produktivitätsverlusten pro Jahr (Job-Stress-Index 2016). Umso unverständlich ist es, dass gerade in den Dienstleistungsbranchen die wirksamsten Schutzbestimmungen durch Arbeitszeiterfassung und Regulierung der Arbeits- und Ruhezeiten komplett ausgehebelt werden sollen.

Ausbau statt Abbau des Gesundheitsschutzes

Die Unia wird sich mit allen Mitteln gegen die gefährlichen und unmenschlichen Vorstöße im Parlament wehren. Denn um den effektiven Belastungen der Arbeitnehmenden Rechnung zu tragen, muss der Gesundheitsschutz nicht ab- sondern ausgebaut werden. Eine Ausführung der Forderungen finden Sie im beiliegenden Dokument «Angriffe auf das Arbeitsgesetz: Die Forderungen der Unia».

